



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Zum Streit im Schriftgießereigewerbe.

Die 6. Streikwoche im Schriftgießereigewerbe zeigt keine wesentliche Veränderung der Situation. Die Anstrengungen der Unternehmer, ihr Haus voll zu bekommen, sind gründlich fehlergefallen. In Leipzig und Berlin sind ihnen die Erfahrungen mit Streibrechern und „national“ geminteten Elementen teuer zu stehen gekommen, und unsere streitenden Kollegen und Kolleginnen fürchten die Konkurrenz der sogenannten Arbeitswilligen durchaus nicht. Aus Frankfurt a. M. schreibt Kollege Kals in einem längeren Brief unter anderem:

Die Unternehmer versuchen noch immer, anstatt sich mit der Arbeiterschaft zu verständigen, auf alle Art und Weise, Uneinigkeit unter die Streitenden zu bringen. Erst wurde, wie schon mitgeteilt, jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin ein Schreiben zugesandt mit der Aufforderung, die Arbeit am 3. August wieder aufzunehmen, andernfalls die Plätze von Berufs Fremden besetzt würden und die Streitenden niemals auf eine Wiedereinstellung zu rechnen hätten. Diese Briefe erhielten selbst Arbeiterinnen, die mit dem Streik nichts zu tun hatten, die Wochen vor dem Streik erkrankt waren und zurzeit noch schwer krank darniederliegen. Ein Faktor in Frankfurt a. M. hatte die Arbeiter und Arbeiterinnen seines Wohnorts zu sich in die Wohnung bestellt und versucht, sie auf alle erdenkliche Art zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Diese Zubasarbeit war vergebliche Liebesmühe. Wenn der Betreffende auch keinen Erfolg erzielt hat, so wird ihm wohl der Dank des Hauses Habsburg sicher sein. Die den Streitenden zugehenden Schreiben mit der Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, blieben erfolglos; nicht ein einziger folgte diesem Rufe.

Nun wurden die Zettlungen mobil gemacht; durch Inflation wurden Arbeitswillige gesucht. Wenn sich auch Hunderte von Arbeitslosen meldeten, die von der Not getrieben sich bereit erklärten wollten, Streibrecherei zu verrichten, so lehrten doch viele wieder vor den Fabrikstoren um, als sie von den Streikposten die Ursache des Streikes erfuhren. Von denen jedoch, die sich nicht abhalten ließen, kamen fast alle enttäuscht wieder heraus. Diesen Leuten wurde gesagt, daß sie noch weitere Nachrichten abwarten sollten. Sie warten heute noch auf diese Benachrichtigung. Einige wurden angenommen, jedoch bald wieder herausgebracht und von uns in unsere Reihen aufgenommen. Viele davon waren darunter, die wir den Firmen hätten lassen sollen, denn sie wären uns eher nützlich wie schädlich geworden. Daß man auch ohne Polize nicht glaubte auskommen zu können, dafür lieferten uns die Unternehmer den Beweis. Sie riefen die Polizei mehrmals um Hilfe an, die auch jedesmal pünktlich eintraf, aber selbst zugeben mußte, daß für sie kein Anlaß zum Einschreiten vorlag. Einer Arbeiterin, die als Köchin in der Kantine in einer Schriftgießerei tätig ist, deren Mann sich ebenfalls bei den Streitenden befindet, wurde seitens eines Angestellten täglich so zugeföhrt, sie solle doch dafür Sorge tragen, daß ihr Mann wieder in den Betrieb käme, daß sie in Krämpfe fiel und durch das Geschäftsauto ins Krankenhaus befördert werden mußte. Der Mann berichtet uns, daß er noch nicht einmal von diesem Vorfall Kenntnis erhalten hatte, daß er erst durch Dritte erfahren habe, daß sich seine Frau im Krankenhaus befinde.

Nun kamen große Erklärungen in die Tagespresse. Diese Erklärungen richteten sich an die Arbeitslosen. Es wurde darin gesagt, die Schriftgießer hätten es verhindert, daß Arbeitslose Stellen in den Gießereien bekommen könnten. Sie ließen keine Berufsfremde zu, während Hunderttausende von Arbeitslosen vorhanden wären. Verschwiegen wurde jedoch, daß durch Schiedspruch den Arbeitgebern das Recht zustand, 10 Proz. Berufsfremde einzustellen und daß sie nicht einmal von diesen 10 Proz. Gebrauch gemacht hätten. So hätten sie allein in Frankfurt auf Grund des Schiedspruches 30 Berufsfremde einstellen können, in Wirklichkeit sind jedoch nur 14 eingestellt worden. Ebenso verhält es sich mit den angeführten Witten, die bezahlt wurden. Es wird gesagt, die Arbeiter verdienten 80 und 85 Pf., die Arbeiterinnen 60 Pf. die Stunde. Hier wurde wieder verschwiegen, daß diese Stundenlöhne jedoch erst nach einer einjährigen Tätigkeit zur Auszahlung gelangen. In Wirklichkeit ist durch einwandfreie Statistik festgestellt, daß von 500 beschäftigten Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen kaum 2 Duzend vorhanden sind, die über Minimum entlohnt werden. Diese Verzahlung beträgt 1 bis 2 M. für Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis zu 20 Jahren und noch länger in den Gießereien beschäftigt sind und zu den festen Arbeitern und Arbeiterinnen gehören.

Alle diese Maßnahmen der Schriftgießereibesitzer lassen die Streitenden kalt, sie sind durch nichts zu betören und stehen heute nach 6 Wochen noch so einmütig und geschlossen im Kampfe wie am ersten Tage. Sie sind auch nicht gewillt, den Kampf eher zu beenden, bis ihre gerechten Forderungen erfüllt sind. Die Schriftgießereiarbeiter und -arbeiterinnen wissen, daß ihre Organisation hinter ihnen steht und sie nicht

im Stich läßt, sondern auf das weitestgehende unterstützt, sie wissen aber auch, daß noch über 40 000 Kollegen und Kolleginnen im Buch- wie im Steindruck bereit sind, materiell einzugreifen, wenn es erforderlich sein sollte.

Wie mir kurz vor Schluß erfahren, ist es in Dresden zu einer Verständigung mit den Inhabern der dortigen Schriftgießereien gekommen. Am Montag, den 10. August, wurde die Arbeit wieder aufgenommen, da die Forderungen des im Zustand stehenden Personals voll bewilligt wurden. Damit ist Bresche in die Front der Unternehmer geschlagen, von denen sicher noch mehrere eine Verständigung mit den Personals herbeiführen. Sie vergeben sich auch durchaus nichts, wenn sie den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft in den Schriftgießereibetrieben nachgeben, sie zeigen im Gegenteil, daß sie kluge Geschäftsleute sind und zu rechnen verstehen. Der jetzt noch währende Kampf wird mangels Unternehmer befehrt haben, daß Scharfmacherei rüchlichstofer Unternehmer dem Gewerbe nicht zuträglich ist. Die Organisationen unterstützen den Kampf ihrer Mitglieder mit allen Mitteln. Eine Erhöhung der Unterstützungen ist in Aussicht genommen, um den Kollegen und Kolleginnen den Kampf um einen gerechten Lohn nach Möglichkeit zu erleichtern.

Und du sollst zahlen!!

Die christliche Doppelbesteuerung.

Der Reichstag hat gegen Ende der verfloffenen Woche mit Hilfe der Zentrumsparlei die Schließende Steuerreform angenommen. Sie hebt insgesamt eine Belastung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Bevölkerung in Höhe von 7 Milliarden Reichsmark vor und bedeutet gerade für die Verbraucherschaft und die Arbeiterschaft eine gewaltige Neubelastung, die sich gegenüber der bisherigen Belastung wie folgt darstellt:

Besitz- und Verkehrssteuer	bisher	Neubelastung in Millionen Reichsmark
Davon	4104	4663
Sohnabzug und Einkommensteuer	1344	1700
Körperschaftsteuer	144	300
Vermögenssteuer	376	500
Allgem. Umsatzsteuer	1260	1380
Wurzsteuer	180	120
Gesellschaftsteuer	34	30
Wertpapiersteuer	6	4
Börseumsatzsteuer	150	96
Kraftfahrzeugsteuer	50	60
Versicherungssteuer	32	30
Rennt- und Lotteriesteuer	45	60
Besitzsteuer	65	50
Wohlförderungssteuer	230	282
Einmalige Steuern	36	66
Versäntete Zölle und Verbrauchsabgaben	1017	1435
Davon:		
Zölle	160	365
Tabaksteuer	360	560
Zuckersteuer	231	185
Biersteuer	126	174
Braunweinmonopol	140	150
Andere Verbrauchsabgaben	82	344

Unsere Angaben beziehen sich auf den sogenannten ordentlichen Haushalt. Er soll nach der Schließenden Steuerreform rund 6 449 000 000 M. erbringen gegen 5 240 000 000 M. bisher. Dazu kommt die Belastung aus dem außerordentlichen Haushalt in Höhe von 577 000 000 M. Danach beträgt die Gesamtelastung 7 076 000 000 M.

Wie bereits oben bemerkt, konnte die Regierung diese Neubelastung, die durchweg zu Lasten der breiten Schichten geht, nur mit Hilfe der Zentrumsparlei durchsetzen. Die Zentrumsparlei hat aber durch diesen Schritt weder der Arbeiterschaft noch der Wirtschaft einen Dienst getan, denn die Neubelastung muß die Reallohne weiter drücken und den Warenabfah weiter einschränken. Dadurch wird ohne Zweifel die Wirtschaftstriebe weiter verschärft. Die Zentrumsparlei hat ein Steuergeföh gegen die Arbeiterschaft und die Wirtschaft gemacht. Sie wird das Uebel noch verschärfen, indem sie für das Zollkompromiß der Regierung eintritt, das für die Großagrarien eine maßlose Begünstigung, für die Arbeiterschaft eine neue, unerhörte Belastung darstellt.

Mit der Zentrumsparlei hat eine Reihe von Vertretern der christlichen Gewerkschaften für diese Belastungspolitik der Reichsregierung gestimmt. Wie wollen diese Arbeitervertreter ihre Haltung im Reichstag gegenüber den christlichen Arbeitern verantworten? Womit wollen sie es rechtfertigen, wenn sie die Lebenshaltung der breiten Schichten aufs neue verteuern? Sie haben keine Rechtfertigung; denn sie sind jowelt gegangen, daß sie selbst den sozialdemokratischen An-

trag, der die notwendigen Lebensmittel, also Brot und Fleischwaren, und die Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer befreien wollte, ablehnten.

Die Brotverteuerer in den Reihen der Zentrumsparlei und der christlichen Gewerkschaften versuchen nun ihre Haltung gegenüber der Steuerreform und dem Zollgeföh zu beschönigen. Sie wollen der Arbeiterschaft aufs neue Sand in die Augen streuen, indem sie behaupten, daß sie sich für eine Senkung der Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 1 Prozent einsetzen. Das ist aber noch nicht mal eine Taube auf dem Dach, denn vorläufig ist die Neubelastung auf Steuern und Zöllen da, während die Verminderung der Umsatzsteuer noch kommen soll. Selbst wenn die Verminderung wirklich kommt, woran wir aber angefschis der Haltung der Regierung noch stark zweifeln, ist das, womit man die christliche Arbeiterschaft zu beruhigen und in neuen Schlaf zu wiegen versucht, ein glatter Betrug. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer kann nämlich niemals das entsprechende Entgelt für die Verschärfung der Zölle und der Verbrauchssteuern sein. Das beweist die Entwicklung der in Frage kommenden Steuern. Sie vollzog sich wie folgt:

	1913/14 (in Millionen Reichsmark)	1924/25
Umsatzsteuer	18,27	1913,57
Zölle	679,92	856,89
Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen	663,63	1191,27

Aus den Zahlen geht folgendes hervor: Die Belastung aus dem Zoll, wie sie vor dem Kriege bestand, wurde durch Einführung der Umsatzsteuer und Verschärfung der Verbrauchssteuern abgelöst. An Stelle der Grenzzölle, die nach dem Kriege bis zum Jahre 1924 nur unbedeutende Erträge erbrachten, iraten Inlandszölle. Diese Inlandszölle stellten sich in der Einführung der Umsatzsteuer und in den erhöhten Verbrauchssteuern dar. Nun will die Regierung mit Hilfe der Zentrumsparlei aber die Grenzzölle wieder einföhren. Vorbedingung für diese Einführung der Grenzzölle müßte die Aufhebung der Inlandszölle, also der Fortfall der Umsatzsteuer und die Ermäßigung der Verbrauchssteuern sein. Daran denken aber weder die Regierung noch die Regierungsparteien einschl. des Zentrums. Weiden aber neben den Zöllen die Umsatzsteuern und die verschärfsten Verbrauchssteuern, dann wird alles, was der Arbeiter, Beamte und Angestellte für seine Lebenshaltung braucht, doppelt belastet, nämlich erstmal durch den Zoll und dann durch die Umsatzsteuer und die verschärfsten Verbrauchssteuern. Es ergibt sich also eine Doppelbelastung, eine unerhörte Doppelbesteuerung.

Was sagen die christlichen Gewerkschaften dazu?

Vom Buchbinderverbandstag.

In der Woche vom 26. Juli bis 1. August hielt der Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands, der in diesem Jahre auf einen 40jährigen Bestehen zurückblicken kann, seinen 15. Verbandstag in Hamburg ab. Anwesend waren 63 Delegierte, der gesamte Verbandsvorstand, der Vorsitzende des Verbandsausföhles sowie der Redakteur der „Buchbinderzeitung“. Ferner nahmen als Gäste teil: Reg.-Rat Dr. Wiensfeld als Vertreter des Hamburger Senats, drei Vertreter vom Hamburger Arbeitsamt, außerdem Bruns vom Bundesvorstand des DDBV, Ehrenmitglied vom Ortsausföh Hamburg und dem 11. Bezirk des DDBV, Geßl und Runkler vom Verband der Deutschen Buchdrucker, Haß und Ulrich vom Verband der Lithographen, Steinbrücker und verwandten Berufe, die Kollegen Hornte und Bohle als Vertreter unserer Organisation. Als ausländische Vertreter waren anwesend: Hochstrasser, Fern, vom Internationalen Buchbindersekretariat, Mertens und Glinther von der graphischen Union der Tschechoslowakei, Grünfeld und Birckbauer vom Buchbinderverein Oesterreich.

Nach einer am Sonntag stattgefundenen Vorbesprechung, der sich ein Begrüßungsabend anschloß, wurde der Verbandstag am Montag, den 27. Juli, vormittags 10 Uhr, durch den ersten Vorsitzenden Hauelsen eröffnet, der zunächst einen kurzen Ueberblick über die in den 40 Jahren getätigte Organisationsarbeit gab. Nachdem die Konstituierung des Verbandstages vorgenommen war, wurden zwei Resolutionen angenommen, von denen eine, an den Reichstag gerichtet, sich scharf gegen die Zollvorlage wendet, die andere der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für ihre namhafte Enttretung im Kampf gegen den Zollstrif volle Anerkennung ausspricht. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen nahm sodann der Vorsitzende Hauelsen das Wort zum Geschäftsbericht, aus dem in der hauptfäch zu entnehmen ist, daß auch die Buchbinderorganisation in der Inflationszeit stark gelitten hat. Seit dem vorigen Jahre geht es aber wieder stetig aufwärts, was aus der erfreulichen Tatsache ersichtlich ist, daß der Verband heute 56 000 Mitglieder zähle; es bedeute dieses

eine Vermehrung der Mitgliederzahl gegenüber der Korrespondenzzeit um 23 000, und es seien alle Anzeichen dafür vorhanden, daß der Verband weitere Fortschritte mache. Der im Anschluß hieran erstattete Kasienbericht des Verbandesführers Lender ließ ebenfalls erkennen, daß sich auch die Kasienverhältnisse ebenfalls gebessert hätten, daß aber trotzdem das Bestreben der Verbandsleitung dahin gehen müsse, den finanziellen Ausbau des Verbandes nicht zu vernachlässigen, damit die Organisation alle an sie gerichteten Anforderungen zur Zufriedenheit erfüllen kann. Die Delegierten mögen diese Mahnung bei der Beitragsfestsetzung beherzigen. Es wurden dann noch die Berichte des Ausschusses für die Verhandlungsarbeiten und der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen.

An der hierauf einsetzenden Diskussion wurde die Tätigkeit des Verbandsvorstandes im allgemeinen anerkannt und folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Die Delegierten des 15. Verbandstages nehmen den Geschäfts- und Kasienbericht mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis. Mit besonderer Befriedigung deshalb, weil nach den zurückliegenden schweren Jahren es endlich, sowohl in ideeller wie auch in finanzieller Beziehung, wieder aufwärts und vorwärts geht. Die Delegierten sprechen dem Verbandsvorstand Dank und Anerkennung für die von ihm in der Berichtsperiode geleistete Arbeit aus.

Ueber Beitragsfestsetzung und Unterstützungseinkünfte referierte Johann Verbandsführer Lender, der in der Hauptfrage hervorhob, daß auch für die Buchbinderorganisation eine zeitgemäße Beitragsfestsetzung stattfinden müsse. Die Karole der Inflationszeit, der Beitrag beträgt einen Stundenlohn, sei heute längst überholt und nicht mehr zeitgemäß, zumal auch an den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen herangegangen werden müsse. Nach einer eingehenden Debatte, in der die weitlichen Delegierten lebhaft Klage darüber führten, daß die Unterstützungseinkünfte mancher Mängel aufweisen und die männlichen Mitglieder oft günstiger gestellt seien als die weiblichen und in Zukunft mehr Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder genommen werden soll, wird gegen 14 Stimmen die Wiedereinführung der Krankenunterstützung beschlossen.

Es folgten dann Referate der Genossen Ehrenreit und Bauer, Hamburg, von denen ersterer über den Einfluß der Gewerkschaften auf Wirtschaft und Politik, letzterer über die Bedeutung der Betriebsräte sprach. Beide Referate wurden vom Verbandstag mit großem Beifall aufgenommen, und die nachfolgende Aussprache bewies, daß sich alle Redner im Rahmen der Ausführungen der Referenten bewegten.

Nach einem Referat des 2. Verbandsvorsitzenden Harber über die Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften sprach Hausen über das Zusammenwirken mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen, hierbei auch die Industrie-Verbandsfrage berührend. Trophim sich der Verbandsvorstand grundsätzlich für die Dismannschen Vorschläge entschieden habe, warnte Redner aber doch, auf eine zwangsweise Forderung zu bestehen, da eine gewisse Entwicklungseinstellung unbedingt erforderlich sei. Das Zusammenarbeiten der vier graphischen Verbände im „Graphischen Bund“ kann als gut bezeichnet werden. Wie auf unserem Verbandstage, wurde auch hier von dem Referenten außerordentlich betont, daß das Zusammenarbeiten in den örtlichen Kartellen oft zu wünschenswerten Ergebnissen führt, da es fünfjährigen Bestehen des Graphischen Bundes an recht vielen Orten die Gründung von graphischen Kartellen bis heute noch nicht erfolgt ist. Man müsse zunächst in den graphischen Kartellen für ein besseres Zusammenarbeiten sorgen, um so dem Industrieverband den Weg zu ebnen. Von unserem Vertreter wurde in dieser Frage der Standpunkt unserer Organisation nach den Beschlüssen unseres diesjährigen Hamburger Verbandstages vertreten. Angenommen wurde ein Antrag, der die Spitzenverbände beauftragt, auf eine bedeutende Erhöhung des steuerfreien Einkommens zu drängen.

Lieber die zukünftige Ausgestaltung der „Buchbinderzeitung“ sprach Redakteur Michalis, der sich darüber beklagte, daß er so wenig Mitarbeiter aus Mitgliebertreibern hat. Beschlungen wurde, die „Buchbinderzeitung“ künftig sechswöchentlich erscheinen zu lassen.

Der Tagesordnungspunkt Tarif und Lohnbewegungen wurde in geschlossener Sitzung behandelt.

Die Tarifinstanzen wurden beauftragt, an der reichsarbeitsrechtlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weiterhin festzuhalten. Für die Beitragsfestsetzung wurden fünf Klassen vorgelesen, die sich von 25 Pf. bis 130 Pf. pro Woche bewegen. Entsprechend der Aufrechterhaltung der Beiträge wurden auch die einzelnen Unterstützungskassen umgelastet. Beitrags- und Unterstützungssätze treten mit dem 1. Oktober h. J. in Kraft. Abgesehen wurden alle Anträge, die darauf hinausgingen, mit dem unter kommunistischer Leitung stehenden „Oppositionsverband“ in Verhandlungsverhandlungen einzutreten und gegen drei Stimmen folgender Antrag des Verbandsvorstandes angenommen:

„Der Verband der Buchbinder und verwandten Berufe der papierverarbeitenden Industrie Berlin (Oppositionsverband) wurde zu dem ausgesprochenen Zwecke ins Leben gerufen, den Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands auf's Schärfste und mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Die Sondergründung charakterisiert sich deshalb als ein verwerfliches Unternehmen, sie war ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Der Verbandstag lehnt es deshalb grundsätzlich ab, den Verbandsvorstand zu ermächtigen, mit dem Oppositionsverband in Verhandlungen bezüglich einer Verschmelzung einzutreten. Berufsangehörigen, von denen zu erwarten steht, daß sie das Statut des Verbandes und die auf Grund desselben gefassten Beschlüsse mißachten, ist der Beitritt zum Verband zu verweigern.“

Nach den Wahlen zu den Verbandskörperschaften waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Der Vorsitzende wies nochmals die diesmal rein sachlich geleitete Arbeit und schloß den Verbandstag mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und die internationale Arbeiterbewegung.

Die Steuergesetze angenommen.

Die Steuerschlachten sind geschlagen, Sieger ist der Rechtsblock im Reichstag geblieben. Die Mehrheit für die Rechte konnte nur gemüßigt werden, weil das Zentrum treue Gefolgschaft leistete. Daß das Zentrum mit den Rechtsparteien durch die dünn gewordenen und in nur unwesentlichen Abänderungen alles unterliefte, was die Deutschnationalen verlangten, ist noch vor einigen Wochen von manchem von uns nicht für möglich gehalten worden. Der Kampf um die Steuer- und Zollvorlage ist somit zu einem Wendepunkt in der politischen Geschichte der Reichsregierung geworden. Der Rechtsblock dürfte für immer dahin sein. Denn es darf wohl als ausgeschlossen gelten, daß ein enges Bündnis einer Arbeiterpartei mit der Sozialdemokratie mit einer Partei, welche die Steuer- und Zollvorlage durchzusetzen will, jemals wieder geschlossen werden könnte. Manche Illusion wird damit dahinsinken.

Was die Steuervorlage bedeutete, ist in diesen Spalten des öfteren auseinandergesetzt worden. Wie noch in den letzten Tagen eingebrachten Verbesserungsanträge wurden rücksichtslos niedergestimmt. Und sogar die Zentrumsarbeiter mußten erleben, wie unerbitlich eine fanatische Mehrheit von Interessierten ist. Sie hatten nämlich in letzter Stunde noch gefordert, wenigstens die Umsatzsteuer für die notwendigen Lebensmittel aufzuheben. Die Regierung erklärte, daß sie unter keinen Umständen die Umsatzsteuer unterböhlen ließe. Schließlich begnügte sich das Zentrum mit der Zulage, daß die Umsatzsteuer ab 1. Oktober auf 1 Prozent ermäßigt werden soll, d. h. wenn die Zollvorlage zur Annahme gelangt. Damit ist wiederum eine Gelegenheit geschaffen, die christlichen Arbeiter an ihrem eigenen Strick aufhängen zu können, denn schaden diese die Zollvorlage nicht, dann bleibt es bei einer Umsatzsteuer von 1 1/2 Prozent wie bisher. Nach einigem Widerstand ist Stegerwald mit seinen Getreuen umgefallen. Die Steuervorlage war gerettet, die Kapitalisten können zu ihrem Teil zufrieden sein.

Nun harret noch die Zollvorlage der Durchpfeifung. Die Mehrheit ist entschlossen, selbst unter Beschränkung der Redefreiheit, die Zollvorlage alsbald zu verabschieden. Wenn diese Zeiten gelesen werden, wird alles erschließen sein. Der größte Raubzug aller Zeiten auf gefehlmäßigem Wege wurde vollführt. Es ging nur um sieben Milliarden Goldmark, die dem deutschen Volke in Form von Steuern entzogen werden sollen. Die Rechte hat ihr Ziel erreicht, diese gemaltene Summe in der Hauptsache dem arbeitenden Volke aufgebürdet zu haben. Vergessen wir nie, daß dies mit Hilfe des Zentrums, einschließlich dessen Arbeitervertreter, möglich war.

Die VII. Internationale Arbeiterkonferenz.

Eingeleitet wurde die vom 19. Mai bis 10. Juni tagende 7. Internationale Arbeiterkonferenz wiederum mit einer Debatte über die Zulassung und Anerkennung des Vertreters der italienischen faschistischen Gewerkschaften Rossini als Arbeitervertreter. Zum dritten Male wurde die Anerkennung des Mandats mit Hilfe der Unternehmerröhrer durchgesetzt. Erneut ist in aller Öffentlichkeit dokumentierter Beweis dafür, welche enge Interessen- und Sinnesverwandtschaft zwischen faschistischen Gewerkschaften, sonstigen faschistischen Organisationen und den Unternehmerröhrerorganisationen besteht. In der Vorrede zum Bericht der 6. Arbeiterkonferenz geäußerte Rossini, daß man den faschistischen Arbeitervertreter aus der nächsten Konferenz hinausjagen würde, hat sich leider nicht erfüllt. Mussolini registriert noch ein Jahr nach dem Tode des Fürstbischöflichen mit gleicher Brutalität und Gewalt und gestattet es so einem Rossini, als „Arbeitervertreter“ einer unternehmensföhrer Diktatur stehenden Arbeiterklasse nach Gen zu fahren, um hier „fruchtbare“ Arbeit im Sinne der internationalen und nationalen Sozialpolitik zu leisten. Die Mehrheit für Rossini war diesmal noch etwas größer, auch ein Beweis dafür, wie die Weltreaktion sich der Internationalen Arbeiterkonferenz entgegenstellt und die Internationalen Arbeiterkonferenz zu vernichten vermag.

Bis jetzt haben wir noch den Trost für uns, daß gegen Rossini die gesamten Arbeitervertreter (Freigewerkschaftliche, Christen und Hirsch-Dunker) geschlossen auftraten. Aber wie lange wird es noch dauern, bis auch hier eine Bresche geschlagen ist? Die Unternehmerröhrer ist reichlich bemittelt und gierig darauf bedacht, dies zu erreichen, um so den durch Rossini gebildeten Miß in der Einheitslichkeit der Arbeiterdelegation zu erweitern. Das Korbild der christlichen Gewerkschaftsföhrer in Deutschland, was die Stegerwald, Gieseler und wie sie alle heißen, mit den Hochgradierten und Großindustriellen in der Frage der Zollvorlage und der gesamten Steuergesetzgebung Arm in Arm gehen, gibt uns eigentlich nicht viel Hoffnung auf die weitere Standhaftigkeit der christlichen Delegation in Genf.

Das Problem des nächsten Tages beschaftigte die diesjährige Arbeiterkonferenz nicht in dem Maße wie im Vorjahre. Immerhin kam auch das Washingtoner Abkommen zur Sprache, ohne daß wichtige Neuerungen in der Debatte überhaupt im Stande der Dinge zur Sprache gefördert wurden. Es bleibt eben so ziemlich alles beim alten. Hier eine Frage. — Die Konvention über den Achttundentag, die auf der 1. Internationalen Arbeiterkonferenz in Washington beschlossen wurde, harret noch immer der Ratifizierung durch die ausschlaggebenden Industriestaaten. Der Direktor des Internationalen Arbeitersamens, Thomas, erklärte in einer Rede, daß „die Washingtoner Konvention den Bröustein für die Eroberung der Internationalen Arbeiterorganisation bedeutet“. Hoffentlich dauert es nicht mehr so lange, daß inzwischen die Arbeiterklasse den Glauben an die Internationale Arbeiterkonferenz verliert.

Nun zum Bericht selbst. Auf der vorjährigen Konferenz war die Einführung einer zweiten Lesung der Lebereinkommen getroffen. Aber diese zweite Lesung ist insofern mit Mängeln belastet, als es nur den Regierungen gestattet ist, Anträge zu den Lebereinkommen zu stellen. Diese Anträge dürfen jedoch nur einer erweiterten Ratifizierung dienen und grundsätzliche Änderungen nicht enthalten. Theoretisch hört sich das gut an, in der Praxis werden die Dinge aber stets einen Haken bekommen. Der Erleichterung der Ratifizierung dienen bei den Regierungen nicht nur Änderungen, die letzten Endes auf eine Verschlechterung der Lebereinkommen hinauslaufen. Aber hier ist die Gefahr eines Konfliktes mit den Arbeitern oder sonstigen Delegationen in vielen Fällen unvermeidlich. Die erste Frucht der Aenderung zeigte sich dann auch auf der Konferenz bei der Beratung des Lebereinkommens über „die Sonntagserube“ in den Glasfabriken mit Wammöfen, das in 2. Lesung beraten wurde. Bei der Abstimmung wurden 68 Stimmen für und 37 Stimmen dagegen abgegeben. Die notwendige Zweidrittelmehrheit war somit nicht vorhanden und das Lebereinkommen, das jahrelange Arbeit gefordert hat, fiel unter den Tisch. Auch für die Umwandlung des Lebereinkommens in einen Vorschlag fand sich nicht die notwendige Stimmengahl; die Arbeitervertreter stimmten dagegen, weil der Entwurf schlecht und recht nur als miserabel bezeichnet werden konnte. Außerdem in zweiter Lesung erledigt wurden die Lebereinkommen über „die Nachtarbeit in den Bäckereien und die Gleichberechtigung ausländischer unfallverletzter Arbeiter“.

Das weitere Lebereinkommen verbietet die Nachtarbeit in den Bäckereien. Als Nacht gilt eine 7stündige Ruhepause, die in die Zeit von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens fällt.

Der Wortheld.

Gottlieb Schlumps war kein Genie,
Iber die Natur verließ
Ihm aus unerforschtem Grund
Einen übergroßen Mund.

Wenn der Meister vor ihm stand,
Nahm den Hut er in die Hand,
Wie gehoramt wie ein Hund,
Alein war da sein großer Mund.

Sonst bespöte er den Verband,
Wo er ging und wo er stand.
Selbst beim Futtern hielt der Wicht
Seine große Klappe nicht.

„Hau' mir alles kurz und klein,
Denn es wird erst besser sein,
Woll es piff und wenn es pafft,
Wollswirtschaft wird abgeschafft!“

So sprach er bei Synaps und Bier.
Wichtig sah er in der Tür
Seine Frau, Auguste Schlumps.
Gottlieb Schlumps war plumps und plumps.

„Ha,“ tief sie, „du Hundelohn,
Hier verkauft du deinen Lohn?“
Guste gab ihm einen Trill.
Gottlieb Schlumps ging schmelzend mit.

Als sich Schlumps davongemacht,
Hat die Kumpel gelacht,
Und sie scherzte frohmget
Ueber Schlumpsens kleine Schmut.

Schlumps, der große Prahlhans,
Hat Kartoffeln dann gepflanzt. —
Wer sich duckt und Whrasen drischt,
Ist ein Schlumps und weiter nicht!

Victor Kalinowski.

Klassentampfer im Mittelalter?

Von Dr. Gustav Hoffmann.

Der auch in unserem Blatte kürzlich erschienene Artikel „Vom Rüstmeister zum Verbandsführer“ brachte im „Steinarbeiter“ einen Gegenartikel des Genossen Alexander Knoll, den wir bereits veröffentlicht haben. Knoll wendet sich gegen die kämpferische Auffassung, die jener Artikel vom proletarischen Leben der vergangenen Jahrhunderte entlehnt. Darin stimmt auch der angegriffene Artikel mit den Ausführungen des Genossen Knoll überein, daß das Gesellschaftswesen zuerst keinen kämpferischen Charakter gehabt hat. Klassentampfer setzt eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung voraus, die im größten Teile des Mittelalters noch nicht gegeben war.

Es handelt sich im Sinne jenes Artikels also nur noch darum, ob im späteren Mittelalter, vor allem vom ausgehenden Mittelalter an, ein kämpferischer Charakter zum Ausdruck kommt, und darin hat Genosse Knoll auch recht, wenn er auf die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen hin-

wies, die im Sinne des „Unternehmertums“ gehalten waren, auf die Privilegien, die die Handwerkerorganisationen verliehen bekommen hatten wie auf die rechtliche Unselbständigkeit der Gesellenbrüderchaften.

Daß aber der rechtliche Rahmen durchaus antiproletarisch war, beweist doch nicht, daß deshalb keine sozialen Kämpfe gewesen sind. Es haben aus jenem reaktionären Rahmen heraus zum Troz stattgefunden. Es handelt sich nicht sozuzagen nur um kleinliche Ehrenpunkte, wenn diese gewiß auch eine große Rolle gespielt haben. Wenn Genosse Knoll schreibt: „Sedenfalls sind die Fälle sehr selten, wo es gelang (der sozialen Kämpfe). Wir sind überhaupt kein solches Beispiel“ (von uns hervorgehoben), so hat Genosse Knoll dadurch nicht das Recht zu dem Schlußhake seines Artikels: „So lagen und liegen die Dinge in Wirklichkeit.“

Weiter findet der führende sozialistische Historiker Karl Kautsky im Literaturverzeichnis der Broschüre des Genossen Knoll „Handwerksgesellen und Behelung im Mittelalter“ keine Erwähnung. Kein Geringerer aber als Kautsky ist es, der ebenfalls das kämpferische Wesen jenes Proletariats betont hat, und weil sich die Arbeiterpresse im allgemeinen neben den anderen bedeutenden sozialistischen Lehrern auch von diesem Meister der proletarischen Geschichtsschreibung das Wissen geholt hat, darum diese angebliche „Unklarheit und Unkenntnis über das Wesen der Kunstgesellenbrüderchaften, die man häufig gerade in der Arbeiterpresse findet“.

Natürlich setzt auch Kautsky die wirtschaftliche Entwicklung für den Kampf voraus. Erst als der Meister 4-5 Gesellen nötig hatte, wurde er zum „Antreiber“, der aus den Gesellen so viel Arbeit als möglich herauszupressen suchte. In dem Maße, in dem deren Arbeitslust wuchs, wurde die seine erstickt. Wurden des Rechte sehr viele beschäftigt,

Arbeiter- und Unternehmerorganisationen können aber durch Bereinbarung beschließen, daß die Ruhepause in die Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens verlegt werden kann. Dem Entwurf hatten natürlich noch ein **Licht-Ausnahmebestimmungen** an, die einer strikten Durchsicherung gleichkommen.

Wenig Schwierigkeiten bereite das **Uebereinkommen** über die Gleichstellung unfallverletzter ausländischer Arbeiter. Alle ratifizierenden Staaten sind verpflichtet, den Angehörigen der anderen ratifizierenden Staaten bei Arbeitsunfällen die gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen wie den eigenen Arbeitern. Dieses Uebereinkommen wurde einstimmig angenommen.

Neu auf der Tagesordnung standen die Entwürfe über Uebereinkommen betreffs 1. Entschädigung von Betriebsunfällen, 2. Entschädigung von Berufsrankheiten. Mit dem ersten Entwurf brauchen wir uns in Deutschland nicht weiter befassen, da er weit hinter dem zurückbleibt, was in Deutschland schon längst besteht. Der zweite Entwurf ist für uns insofern von Bedeutung, als er für unser Gewerbe eine Entschädigung vorstellt, über die sich bisher gewisse Leute den Kopf zu zerbrechen versucht. Man hat auf der Konferenz eine endgültige Erklärung des Begriffs „Berufsrankheit“ nicht gefunden und aus der Umfrage nur drei Befundbeschlüsse herausgegriffen: a) Vergütung durch Geld, dessen Verbindungen und Zusammenfassungen; b) die Vergütungen durch Querschnitte, seine Umwälzung und Zusammenfassungen; c) Vermeidung durch Mißbrauch. Das Vorliegen einer Berufsrankheit soll dann angenommen werden, wenn die Erkrankungen von Arbeitern auf genannte Vergütungen zurückzuführen sind. Es ist eine Liste von Gewerben, Berufen und Betrieben zusammengefaßt, in denen die bezeichneten Fälle eine Rolle spielen. In dem Uebereinkommen sind noch Bestimmungen über Entschädigungen usw. getroffen. Hoffentlich wird die Entscheidung dazu beitragen, die vorerwähnten Stellen, die bisher die Vergütung als eine Berufsrankheit im Buchdruckgewerbe „wissenschaftlich“ betämpft haben, eines anderen zu belehren.

Zuletzt wurde auf der Konferenz eine vorläufige zu nichts verpflichtende Entschädigung über die Grundlagen der Sozialversicherung angenommen. Ausgehend von der Krankenversicherung sollen sich die übrigen Zweige organisch angliedern. Auf die Tagesordnung der Konferenz 1927 soll nach Möglichkeit die Behandlung der Krankenversicherung gesetzt werden.

Alles in allem hat die diesjährige Konferenz neben fruchtbareren viel Unfruchtbareres geerntet. Hoffentlich ist es der Kraft der Arbeiterorganisation in den einzelnen Ländern möglich, ihre reaktionären Regierungen hinwegzujagen und so die internationale Arbeiterorganisation von diesen Einflüssen zu befreien, um sie zu einem festen Bollwerk praktischer, fruchtbarer, internationaler Sozialpolitik zu machen. H. K.

Gau VI (Thüringen).

Entsprechend dem Beschluß des letzten Gaultages fand der 3. ordentliche nach dem Verbandstage am 2. August in Gera statt. 16 Orte waren durch 14 Delegierte vertreten. Gotha, Münsingen und der Wahlkreis Reiningen-Merseburg hatten keinen Vertreter entsandt. Nach der Erledigung geschäftlicher Formalitäten begrüßte der Vorsitzende des Geraer Graßhölzer Kartells, Kollege Plante, und der Vorsitzende des Geraer Wahlkreises, Kollege Kbrner, die Delegierten und wünschten der Tagung geglückten Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde nach und nach in der Berichtsperiode Verstorbene, der Koll. Elna Baer-Jena, Emma Wolf, Albert Stengels und Alna Brandenkauer, die drei letzten aus Erfurt, in üblicher Weise gedacht.

Der Bericht des Gauleiters streifte unsere Mitgliederzählung seit der Inflationszeit, die Bemühungen zur Zurückgewinnung der Verlorenen und die tariflichen Verhältnisse. Erfreulicherweise gehe es vorwärts. Seit August vorigen Jahres ist der Mitgliederstand von 719 auf 1200 gestiegen. Trotzdem wären noch gegenwärtig rund 400 heranzuziehen, die hauptsächlich in unseren Haftstellen demoralisiert, so daß die Agitation in den anderen kleineren Thüringer Orten nur geringe Erfolgsmöglichkeiten bietet. Mit Ausnahme der Sondertarife für das Steinbruchspersonal in Alfenburg und Halle und der tariflichen Steinbruchspersonal in Gotha und Rudolstadt, welche erst seit kurzer Zeit wieder Anschluß an uns gefunden hätten, ständen alle Mitglieder unter dem Reichstarif. Glücklicherweise wird dieser aber bereits in einer Reihe von Orten nicht mehr als unübersteigbare Grenze nach oben betrachtet. Besonders An-

legerinnen haben entsprechend ihrer Leistung und ihrem Vorgehen sich bis zu 30 Prozent über die Mindestsätze geholt. Infolge des Verhältnisses der örtlichen Leitungen zu außergewöhnlichen Situationen wurden die Einnahmen der Gaultage in kritischer Zeit auf 10 Prozent gesenkt. Die Gaultage nahm diese Opfermässigkeit nur ein Quartal in Anspruch und setzte ihn entsprechend dem Bedarf sukzessive auf 5 Prozent herab. Nur Halle hat sich der notwendigen Maßnahme entzogen und seit dem 2. Quartal 1923 die Zahlung von Gaultagebeiträgen überhaupt eingestellt. Unter diesen Umständen schloß die Gaultage mit einem Bestande von 492,62, sämtliche Distrikten mit 1218,59 M. Bestand am Ende des 2. Quartals 1923 ab. — In kurzer Diskussion wurden nur geringfügige Ausstellungen bezüglich der Behandlung von Restanten gemacht.

Lebhafte gestaltete sich der zweite Tagesordnungspunkt, die Situationsberichte aus den Orten. Sie gaben den Delegierten Einblick, wo es dem Hebel zur Gewinnung der noch fernstehenden anzusehen ist. Nicht große allgemeine Bemerkungen, sondern sorgfältige planmäßige Kleinarbeit durch Betriebsversammlungen wurden hier als zweckmäßig empfohlen. Gleichzeitig wurde aber auch den Distriktsleitern nahegelegt, der Restantenfrage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, wodurch es möglich sein würde, bis zu 50 Prozent der Ausstehenden dem Verbände zu erhalten.

Den Bericht vom Verbandstage gab Kollege Demuth-Erfurt. In kurzen knappen Strichen zeichnete er Verlauf und Bestände in etwa dreizehntägigen Ausführungen, Allgemein wurde erkannt, daß eine Beitragserhöhung gegenüber dem bisherigen Zustand für die meisten Orte nicht in Frage komme und nur in Orten mit der höheren Kostenzuschlägen die Anlegerinnen und männlichen Personen eine unumstößliche Erhöhung zu gewärtigen haben. Dem Referenten wurde der Dank der Anwesenden ausgesprochen und seine übrigen Ausführungen zur Kenntnis genommen.

Anträge zum Statut waren nur von der Gaultage eingereicht. Sie beantragte die prozesslich bisher erhobenen 5 Prozent weiter zu bewilligen und den Gaultag auch in der Folge jedesmal nach dem Verbandstage abzuhalten. Aus der Mitte der Delegierten wurden jedoch genügend unterfertigte Anträge gestellt, welche den Gaultag vor Abhaltung des Verbandstages wünschten, um Anträge zum Verbandstage formulieren und Kandidaten zu demselben den Mitgliefern in Vorlauf bringen zu können. Ferner ließ in der Folge jeder Ort mit 25 Mitgliefern und mehr — nach dem Stande der Abrechnung vom Quartal vor Stattfinden des Gaultages — nur einen Delegierten zu entsenden haben. Die Abstimmung ergab die Annahme dieser Anträge. Sollten sich innerhalb der Zeit bis zum nächsten Gaultage noch andere Wahlen notwendig machen, so wurde dem Gauleiter anheimgestellt, hierzu die Orte in räumlicher alphabetischer Reihenfolge heranzuziehen. Der Gaultag wurde wiederpruchtlos in bisheriger Weise gelassen.

In einer Entschädigung zu der Halleischen Angelegenheit wurde dem Gauleiter aufgegeben, den Inhalt derselben der Halleischen Verwaltung zu übermitteln und um Rückänderung zu ersuchen.

Alfenburg und Erfurt bemühen sich, den nächsten Gaultag in ihren Mauern zu sehen. Weiterer Ort wurde gewählt.

Nach mehr als sechsstündiger Dauer schloß der Vorsitzende die Verhandlungen mit Worten des Dankes für die geleistete Arbeit zum Wohle des Gaus und damit auch der Gesamtheit.

Opfer der Arbeitnehmer und kein Ende.

Wir reden viel von den Errungenschaften der Revolution — Achtundtags, Betriebsratsgesetz, Tarifverträge, Sozialversicherung — Erfolge, die nur zu einem Teil rückgängig gemacht werden konnten und zum kostbaren Besitz der arbeitenden Bevölkerung geworden sind.

Wir müssen aber auch von den Opfern reden, die seit dem Krieg von den Arbeitnehmern getragen wurden. In einer Zeit, wo die Regierungen sich ansahen, die Lasten der Arbeitnehmer noch weiter steigern, müssen wir ihnen in Erinnerung rufen, welche Opfer bisher gebracht wurden.

War allem die Opfer während und durch die Inflation. War die Inflation eine unvermeidliche Krankheit der deutschen Wirtschaft? Keineswegs. Sie wurde durch die Steuerabgabe der Großindustrie und des Grundbesitzers hervorgerufen. Indem diese keine Steuern zahlen wollten, mußte der unausgesetzte Notendruck zur Deckung der Staatsausgaben und zur Gewährung der gesunkenen Kredite her-

halten und den Geldwert zum Verschwinden bringen. Während der Inflation haben aber neben den Rentnern die Arbeitnehmer die größten Opfer tragen müssen. Ihr Reallohn mußte infolge der dauernden Geldentwertung, die durch Lohnerhöhungen nicht wettgemacht werden konnte, fortwährend sinken. Er hat bisweilen zu einem Fünftel der Vorkriegsreallohn herab. Die Inflation bedeutete schwere Jahre der Entbehrung für die Arbeitnehmer. Sie vermochten aus den schwindlichen Lohnsummen nur die primitivsten Bedürfnisse zu befriedigen. Sie litten aber untererzärt, ihre Kinder waren infolge schlechter Ernährung allen Krankheiten preisgegeben, sie konnten ihre Kleidung, ihren Haushaltsbedarf nicht ergänzen, die Später wurden geschlossen, die kleinen Arbeiterparnisse in Nichts zerronnen, die Organisationen der Arbeitnehmer samt ihren Unterstützungsfonds sind zusammengebrochen. Kürzlich wurde der Versuch gemacht, das Lohnopfer seit 1916 — als die Geldentwertung sich sichtbar zu machen begann — gabelmäße zu ermessen. Schätzungsweise haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten in sieben Jahren (1916 bis 1923) an Wohnerhöhen gegenüber der Vorkriegszeit ein Opfer von nicht weniger als 95 Milliarden Goldmark gebracht, ein Opfer, größer als die gesamte Reparationslast. (Die Reparationslast selbst wurde in diesen Jahren von ausländischen Spekulanten, welche Papiermark in der Hoffnung einer Kurssteigerung erworben haben, getragen.) Wohin verschwand diese ungeheure Summe, die den verkürzten Löhnen und Gehältern und dem enteigneten Geldbesitz überhäuft, zuzüglich die Gläubiger aus Rentenbereiten, Kriegsanleihen usw., entpfanden hat? Zum Teil wurde sie vom Augustonum der Unternehmer und der Börsenspekulanten, den Plutokraten der Inflation verschlungen. Zum Teil wurde sie, in fremde Bälger umgewandelt, über die Grenze gebracht. Zu einem großen Teil dienten die Gewinne zur Entschuldung der bisherigen Schuldner. Die Hausbesitzer, die Landwirte, die Industrie wurden ihrer Schulden an die Hypothek- und Schuldverschreibungsgläubiger los. Zum größten Teil wurden aber die Inflationsgewinne zur Erweiterung der Industrieanlagen, zur Anschaffung von Produktionsmitteln in der Industrie und Landwirtschaft verwendet. Die Vermögenssubstanz sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft hat sich in der Inflationszeit erheblich vermehrt. Da aber dank der billigen Arbeit Gewinne auch ohne Verbesserung der Produktion möglich und die Ausuhr infolge des Devisenmangels lohnenwert war, ging die technische Vervollkommenung der Betriebe mit deren Ausdehnung und Vermehrung nicht Hand in Hand. Die Gewinne wurden „verbaut“ — es blieb nichts für Betriebskäufe übrig.

Es nun die völlige Währungserrückung zur Stabilisierung, zur Einstellung des Notendrucks führte, wie haben die Arbeitnehmer abgefunden? Auch jetzt waren sie es wieder, welche die der Umstellung den allergrößten Teil der Opfer bringen mußten, sowohl wirtschaftliche als auch soziale. Vor allem mußte das Staatsbudget ins Gleichgewicht gebracht werden und das geschah auf die Weise, daß vier Fünftel aller Lasten den besitzlosen und enteigneten Schichten des Landes auferlegt wurden. Und dieses Steueropfer wird jetzt — mit ganz geringer Verminderung der Lohn- und Umsatzsteuer, gleichzeitig aber mit Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer — verweigert werden. Den Bestehenden wurden aber noch weitere Erleichterungen zuteil! Durch die neuen Zollgesetze werden sämtliche Preise verteuert und die Lebenshaltungskosten weiter erhöht. Die Preiserhöhungen sind aber die beste Methode der Lohnentzug. Ohne Lohnherabsetzungen, die große soziale Kämpfe herbeiführen würden, kann man durch Zölle und Steuererhöhungen die Reallohn herabsetzen — die beste Methode zur Steigerung der Gewinne. Die Verbrauchsfähigkeit der Massen wird jedoch durch diese Zölle und Steuern auf ganz die gleiche Weise verringert, als ob drakonische Lohnerhöhungen stattgefunden hätten. Führen aber die Arbeitnehmer zum Ausgleich der Teuerung Lohnkämpfe, so trösten sich die Unternehmer damit, daß diese nicht immer erfolgreich sind. Oft werden ihnen durch die Tätigkeit der Schlichter Schranken gesetzt. Die Unternehmer sind aber selbst gut organisiert und verfügen über die Mittel, große Ausperrungen durchzuführen. So müssen die Arbeitnehmer die Opfer der Teuerung tragen.

Obenlos sind aber die Opfer, welche die Feiernungsstöße der Arbeitnehmer aufzubringen. Die geschädigte Feiernungsorganisation während der Inflationswirtschaft, die volkswirtschaftlich schlechte Verwendung des Kapitals, die verfallenen Verwaltungsorganisationen mit

dem genügte ihre Arbeit allein, nicht bloß sie selbst zu erhalten, sondern auch dem Meister ein hübsches Einkommen zu gewähren. Mitunter wurde diesem selbst die Arbeit des Unterdienstes so lästig; er entledigte sich ihrer durch die Einführung des **S t a t u s**, der sich vom Ende des 14. Jahrhunderts an entwickelte.

Hand in Hand mit dem Streben nach Vermehrung der Arbeitskraft ging das nach Verflechtung der Kost und Minderung des Lohnes der Knechte. Galt es, vier bis fünf Gefellen und zwei und mehr Verbrüngen zu verstößigen, da lohnte es sich schon, für diese eigens zu kochen.

Nach mehr als an der Kost lachten natürlich die „sparlamer“ Meister am Lohne abzumachen. Der Drang nach Lohnherabsetzungen ist unter sonst gleichen Umständen um so größer, je größer die Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter.

Auf der anderen Seite aber wuchs das Bestreben der Knechte, den Lohn zu erhöhen, in Deutschland, namentlich infolge der Preisrevolution, die eine Folge des raschen Anwachsens der Ergiebigkeit der Silber- und Goldbergwerke im 15. Jahrhundert und ein Vorläufer der viel gewaltigeren war, welche im Verlaufe des 16. Jahrhunderts durch die Entdeckung der Metallische Amerikas hervorgerufen werden und das ganze zivilisierte Europa treffen sollte.

Gerade in Beziehung auf die Lohnfrage wurden daher im 15. Jahrhundert und im Beginn des 16. Jahrhunderts die **G e g e n s ä t z e** zwischen Meistern und Gefellen immer erschroffer.

Das im Verein mit den anderen Gegenlägen, auf die wir schon hingewiesen, führte dazu, daß die **K ä m p f e** zwischen Meistern und Gefellen, die schon im 14. Jahrhundert beginnen, immer g a n z t r e i f e r u n d e r b i t t e r t e r w o r d e n, je mehr wir uns dem 16. Jahrhundert nähern. Die „Wille“ des zünftigen Handwerks beruhte bereits

auf der Ausbeutung von Lohnarbeitern und erzeugte die erbittertesten Klassenkämpfe.

Hierbei wurden die Profetiarier aber bereits „eine Achtung gebietende Macht“. Das Gebeihen der Stadt wurde immer abhängiger von den Lohnarbeitern des Handwerks. Stellen diese irgendetwas die Arbeit ein, sogen sie weg, dann drohte dem betreffenden Handwerk der Verfall, der betreffenden Stadt schwere Schädigung.

Allerdings konnten jene Profetiarier eine Neuordnung der Gesellschaft noch nicht, wie sie uns das letzte Ziel unseres Strebens ist, aber — und das ist das Wesentliche — der **R a n g p e n a n t e** war auch in jenen Profetiarier vertreten, wenn ihr Dramenatleben auch juristisch noch so mittelalterlich-bürgerlich war. Wenn in jenem Anbrüche einer neuen Weltperiode jene großen unumwälzenden wirtschaftlichen Ereignisse, die in den löse zusammengeführten Raubst-Sähen nur angebeutet wurden, im Profetiarier nicht als soziale Kämpfe ihren Ausdruck gefunden hätten, dann würde auch die ganze Weltgeschichte nicht als Geschichte der **R a s s e n k ä m p f e** anzupprechen sein.

Unsinnsige Redensarten.

Immer weiter breitet sich im gewerkschaftlichen Sprachgebrauch die unsinnige Benennung „Arbeitgeber“, „Arbeitnehmer“ aus. Mit ersterer Bezeichnung sollen die Unternehmer und mit der zweiten die Arbeiter und Angestellten gemeint sein. Bei Verhandlungen wird immer ganz lehrmäßig von einer Arbeitgeber- und einer Arbeitnehmerseite gesprochen. Wenn derartige auch meistens ohne tiefere Nachdenken nachgesprochen wird, so findet man mitunter Ausdrungen, die direkt als **H o h n** bezeichnet werden müssen. So schreibt jemand in Nummer 28 der Zeitschrift

„Das Industrieblatt“ folgenden Hymnus auf die Unternehmer: „Das Wort „Arbeitgeber“, eigentlich wunderschön in seinem sinnreichen Inhalt, umfaßt ja doch den Begriff des geistigen Führers im Wirtschafts- und Lebenskampf, den Begriff des Menschen, dessen selbstgewählter Beruf und Lebensaufgabe es ist, dafür zu sorgen, daß andere, die „Arbeitnehmer“, die nicht die Möglichkeit oder den Willen zum selbständigen Lebenskampf haben, möglichst dauernde und gutbezahlte Arbeit finden. Nur so kann die Unterscheidung in Arbeitgeber und Arbeitnehmer verstanden werden. Jeder andere Unterschied, vor allem jeder von interessierter Seite künstlich aufgerichtete Gegensatz ist unzulässig. Die Arbeiter sollen also nicht den Willen zum selbständigen Lebenskampf haben? Doch so etwas ernsthaft bestritten werden kann, sollte man nicht für möglich halten. Dagegen werden die „geistigen Führer im Wirtschaftsleben“ mit ihrem selbstgewählten Beruf als reine, selbstlose Menschen geehrt, die nur den Willen haben, anderen Menschen eine dauernde und gutbezahlte Arbeit zu verschaffen. Die oben zitierten Stellen kommen in einer Nachschrift der betreffenden Redaktion zu der bekannten Denkschrift der Unternehmerverbände vom 12. Mal vor, wo die Selbstlosigkeit der „geistigen Führer“ wahre Organe feierten und der Begriff „Arbeitgeber“ wunderschön in seinem sinnreichen Inhalt zum Ausdruck kamen. — Wir untererzürten sollen uns jedenfalls bemühen, die Worte „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ in dem Sinne, wie sie meistens verstanden werden, nicht zu gebrauchen. Die Arbeiter erzeugen Arbeit und geben sie gegen ein Entgelt, den Lohn, an die Unternehmer ab, sie wären also viel eher als Arbeitgeber zu bezeichnen. Wenn wir schon in der kapitalistischen Gesellschaft zu leben und zu arbeiten gezwungen sind, so sind wir doch nicht gehalten, die verkehrt angewandten Begriffe und Bezeichnungen in unseren Sprachgebrauch zu übernehmen.“

ihrem unnötig aufgeschwulsteten großen Apparat führen jetzt zu Schwierigkeiten dieser Unternehmungen. Sie können die hohen Kreditzinsen nicht tragen und leiden deshalb mehr als die anderen unter dem Mangel an Betriebskapital, der ebenfalls eine Folge der furchtbaren Inflationen ist. Diese Reinigungsstrife bedeutet aber Einschränkung der Produktion und Arbeitslosigkeit. Der Bergbau und die Metallindustrie spüren bereits die Wirkungen dieser Krise, die bald auch auf andere Industriezweige übergreifen wird. Heute läßt sich die ganze Tragweite dieser Krise noch nicht übersehen, da der Arbeitsmarkt infolge der vermehrten Tätigkeit in Landwirtschaft und Baugewerbe im Sommer entlastet ist, doch sind die Aussichten keineswegs günstig. Die Arbeitnehmer müssen auch die Opfer der Reinigungsstrife der Wirtschaft tragen.

Wenn die Unternehmer noch weitere Opfer von den Arbeitnehmern wünschen, wenn sie unter Hinweis auf die Wirtschaftslage — deren Verschlechterung sie verschuldet haben — auch noch einen Abwärtstrend der Sozialpolitik wünschen, dann muß die letzte Rest der Errungenschaften der Nachkriegszeit verschwinden, so müssen wir uns solchen Bestrebungen mit aller Kraft entgegenstellen. Wir dürfen die Vermehrung der Lasten, daß die Arbeitnehmer die größten Opfer der Inflationen, Stabilisierungs- und Reinigungsstrife gebracht haben, nicht zulassen und müssen es deutlich aussprechen, daß auch Opfer eine Grenze haben.
H. J.

Aus den Zahlstellen.

Braunschweig. In der Mitgliederversammlung am 29. Juli gab der Vorsitzende, Kollege Bäcker, den Bericht vom 8. Verbandstag in Hamburg. Er wies im besonderen darauf hin, daß es unbedingt notwendig war, die Beiträge zu erhöhen, um gegen alle Gefahren gesichert zu sein. Hierauf erfolgte die Berichterstattung der Abrechnung vom 2. Quartal. Die beantragte Entlastung wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenes übte der Kollege Bäcker an dem Verhalten einiger Buchdrucker (angeblich Stahlhelmmittglieder), die gegen unseren Verband agitieren, scharfe Kritik. Eine Beschwerde beim Buchdruckerpräsidenten über diese Art Leute war vergeblich, unser Vorschlag, über diese Angelegenheit einmal eine graphische Kartellisierung einzubringen, wurde abgelehnt. Ueber diesen Buchdruckerpräsidenten braucht man sich weiter nicht zu wundern, für diesen Herrn stand ein graphisches Kartell von jeher nur auf dem Papier, der Mann ist seit altersher bestrebt, daß ja seine Buchdrucker eine abgeschlossene Kaste für sich bieten. Es wäre Sache der graphischen Zentralverbände, sich einmal eingehend mit dem Thema zu beschäftigen, wie wir uns gegen Stahlhelmmittglieder in unseren Gewerkschaften verhalten. Daß diese Stahlhelmer bei passender Gelegenheit einmal als Streikbrecher benutzt werden sollen, darüber dürfte bei jedem einsichtigen Arbeiter kein Zweifel bestehen. In seinem Schlußwort bat der Vorsitzende dringend, die „Solidarität“ nicht ungelesen aus der Hand zu legen, vor allen Dingen den Tarif genau zu studieren, damit er nicht tagtäglich tarifliche Fragen beantworten müsse.

Dresden. In der am 9. Juli stattgefundenen Versammlung berichteten die Dresdener Verbandsdelegierten Kollegin Wolf, Kollege Franz, Täubrich und Herrmann über die Arbeiten des Hamburger Verbandstages. Die Berichtsersteller gaben ein ausführliches Bild über die Tätigkeit des Verbandstages, und es erübrigt sich, auf die Berichte hier einzugehen, da diese in der „Solidarität“ schon bekanntgegeben wurden. Leider war die Versammlung nicht so besetzt, wie es der Tagesordnung entsprechend gewünscht werden konnte. Jedenfalls war das Statistiken der „Vogelweize“ für viele interessanter als die Berichtsersteller. Die Debatte nach den Berichten bewegte sich auf geistiger Höhe. Allgemein wurde anerkannt, daß die Beschlüsse des Verbandstages zum Wohle der deutschen Mitgliedschaft sich auswirken würden. Die Disziplinierungsredner brachten zum Ausdruck, daß das Weiterbestehen des Beirates zu begrüßen sei, zumal Dresden mit unter denjenigen Orten sich befindet, welche durch ein Mitglied in dieser Institution vertreten sein werden. Die vom Verbandstag angenommene Resolution über die Bildungsmöglichkeit geistig hochstehender Mitglieder, andernfalls die gewerkschaftliche Durchbildung der Allgemeinheit löste ganz besondere Befriedigung aus. Es wurden allgemein Wünsche laut, die Befestigung der Bildungsinstitute recht bald und reichlich vornehmen zu wollen. Auch über die Frage des Industriebundes wurde debattiert und seine Bildung als wünschenswert erachtet, jedoch vor einer zwangswweisen Verschmelzung gewarnt. Die Stellung der Dresdener Delegierten zu den verschiednen vom Verbandstag gestellten Aufgaben wurde, als im Sinne der Auftraggeber behandelt, gütigst. Im Schlußwort ging Kollege Herrmann auf die Ausführungen der Debatte-rechner ein. Er verbreitete sich sehr ausführlich über die Heranbildung zünftiger Gewerkschaftsfunktionäre. Vor allen hielt er es für seine Aufgabe, den in der Diskussion vorgebrachten Optimismus und manche Illusion zu zerstreuen. Er benutzte hierbei das Zitat: „Dem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verdienst.“ Diesem Wahne solle man sich durchaus nicht hingeben, sondern die Vorbedingungen zur Beschäftigung dieser Schulen bzw. Akademien seien gute Vorkenntnisse der Volkswirtschaft, Sozialpolitik und vor allem der gewerkschaftlichen Aufgaben, auch sehe diese Schulung einen besonderen Idealismus, Fleiß und einen unermüdbaren Charakter voraus. Er zweifelte nicht daran, daß derartige Kräfte, wenn auch nicht im Ueberfluß, in unseren Reihen vorhanden seien. Doch solle sich nicht jeder dazu berufen fühlen. Die Erfahrungen mit der Bildungsarbeit der Zahlstelle Dresden für ihre Mitglieder ließen allerdings wenig Hoffnung aufkommen über allzu großen Ueberfluß von „Führernaturen“. Gerade in den Kreisen unserer Kolleginnen wird das Bestreben vermehrt, aufopfernd sich ihrer Gewerkschaft zu widmen.

Mit einem Appell an die Anwesenden, die Beschlüsse des Verbandstages zur Stärkung der Organisation und zur Vertiefung des gewerkschaftlichen Organisationsgebantens zu benutzen, schloß er unter reichem Beifall seine Ausführungen.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 24. Juli 1925 im Gewerkschaftshaus. Kollege Selge berichtete über den 8. Verbandstag in Hamburg. Er sagte, enttäuscht ist recht diesmal niemand geworden, welcher die Arbeiten

der Delegierten zu würdigen weiß. Fast alle Anträge, die vorlagen, haben ihre Erledigung zum Besten der Mitglieder gefunden. Der Bericht des Verbandsvorstandes, die einzelnen Referate, die gehalten wurden, insbesondere Lohn- und Tariffragen, brachten eine recht rege Aussprache. Manches wurde kritisiert, aber alle Redner mußten die Arbeiten des Verbandsvorstandes voll und ganz würdigen. Wohl mit am schwierigsten war die Statutenberatung. Einige aber waren sich alle darin, daß eine Veränderung in der Beitrags- und Unterstützungsfrage vorgenommen werden mußte. Die eingesezte Kommission hatte es gewiß nicht leicht, aber endlich wurde die Versammlung doch zufriedengestellt. Auch die noch zu leistende Bildungsarbeit in den Gewerkschaften wurde genügend erörtert und manch gute Anregung wurde hier gegeben.

Daß die bisher zum Besten der Mitgliedschaft geleistete Arbeit des Verbandsvorstandes die richtige ist, bewies die einstimmige Wiederaufnahme des Gesamtverbandes. Nicht vergessen soll die Mitarbeit der Hamburger Kollegenschaft sein, welche beim Verbandstag geholfen haben. Ein Punktwerk, welches die Delegierten der Hamburger Mitgliedschaften gewidmet haben, um der Gastfreundschaft zu gedenken, wurde am Schluß der Tagung unserm Hamburger Vorstand überreicht. Gedankt sei auch den Firmen Auer u. Co., Harlung u. Co., Gebr. Sütker sowie der Verlagsgesellschaft, welche in liebenswürdiger Weise uns Druckfachen zum Selbstkostenpreis resp. Mappen und Zeitungen lieferten. Nach dem Bericht wurde Kollege Selge zum Beiratsmitglied einstimmig wiedergewählt. — Genosse Engel hielt dann einen Vortrag über die Volksfürsorge. Recht lebhaft schiederte er das Wirken der Volksfürsorge gegenüber der kapitalistischen nur auf Profit hin arbeitenden Versicherungsgesellschaften. Trotz der schweren Jahre in der Inflationszeit war es der Volksfürsorge möglich, allen Verpflichtungen nachzukommen. Die organisierte Arbeitererschaft darf nicht in privatkapitalistischen Unternehmungen ihr lauer verdrängtes Geld hineinstecken, sondern muß verstehen lernen, diejenigen Unternehmungen zu unterstützen, welche der gesamten Arbeitererschaft zum Vorteil gereichen. Genosse Engel forderte die Anwesenden auf, recht rege für die Volksfürsorge zu agitieren und immer neue Mitglieder zu werben.

Nachdem noch Kollege Selge zur Teilnahme an den Demonstrationen gegen die Zollvorlage aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Mainz. Nachdem der chronische Festsommer dieses Sommers, genannt Jahraufendseier, auch Mainz wochenlang in Atem gehalten und mit der Rosenausstellung seinen offiziellen Abschluß fand, konnte man es wieder wagen, mit ersten Problemen an die Kollegenchaft heranzutreten. Vertungen sind die überschwenglichen Reden und Anreden der „Der-“ und anderer Berberklichungskünstler zurückliegender Zeiten. Mehr Brot haben sie den breiten Massen nicht gebracht. Im Gegenteil: Ihre Freunde rüsten zu einem neuen Plünberzug auf das arbeitende Volk. Durch die neuen Zollgesetze soll die arbeitende Bevölkerung die Taschen leerer füllen, die die Arrangeure der patriotischen Fimmel-feste sind. Diese rauhe Wirklichkeit drängt die festgebundenen stets wieder in die alte Kampfesstellung zurück. Unsere Mitgliederversammlung am 20. Juli, in der endlich Bericht vom 8. Verbandstag in Hamburg erstattet werden sollte, wies denn auch einen zufriedenstellenden Besuch auf. Kollege Müller sprach über den achten Verbandstag in Hamburg, seine gelebenden Beschlüsse und die Notwendigkeit ihrer Durchführung. Eingangs seiner Ausführungen ging er auf den Bericht des Kollegen Bucher in Hamburg ein, der unserer Kollegenchaft eine klare, unantastbare Definition von dem Wirken des Zentralvorstandes zugunsten der gesamten deutschen Kollegenchaft gab. Neun Zehntel aller Tätigkeit des Hauptvorstandes galt der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die graphische Hilfsarbeiterschaft. An Aufklärung und Bildungsbestrebungen wurde geübt, was im Bereiche der Möglichkeit lag. Es hätte mehr getan werden können, wenn nicht ein großer Teil unserer Kollegenchaft von einer großen Interessenslosigkeit befangen wäre. Nachdem der Redner unsere Zukunftsfragen, die teilweise sehr erster Natur sind, erläutert hatte, wußte er die Kollegenchaft von der Notwendigkeit erhöhter Beiträge zu überzeugen. Er schiederte die lebhaften Redeworte, die zu dieser Frage in unserem Verbandsparlament gehalten wurden und legte der Kollegenchaft dringend ans Herz, daß die neuen Verbandsbeiträge aus den angeführten Gründen in voller Höhe bezahlt werden müßten. Außer der Finanzierung der Arbeitslosen-, Streit- und Krankenunterstützung eilt es, einen Kampffonds zu sammeln, der uns ein Rückgehalt sein soll gegen die Gefühle eines rückständigen Unternehmertums. Speziell für uns in der Provinz gilt es zu wählen: Entweder zurückzuführen in die alte Bedeutungslosigkeit, oder weiterer Aufstieg zu einer Stellung, die uns als Menschen gebührt. Deshalb Kollegenchaft, bekämpft den Indifferenzismus, übt Solidarität und gegenseitige Bildung, stellt euch Schulter an Schulter zu euren organisierten Mitarbeitern, dann erwerbt ihr euch einen Platz an der Sonne. Diese Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Nach kurzer, zustimmender Diskussion wurde aus der Mitte der Versammlung folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen:

„Die am 29. Juli im „Goldnen Pfing“ tagende gutbesuchte Versammlung der Zahlstelle Mainz nimmt Kenntnis von den Vorarbeiten und die gewerkschaftliche Arbeit und Tätigkeit des Hauptvorstandes und spricht ihm ihr volles Vertrauen aus. Die Mainzer Kollegenchaft stellt sich geschlossen hinter ihre Ortsverwaltung sowie den Hauptvorstand und achtet sämtliche Beschlüsse.“

Im Punkt Beschäftliches wurde dem Antrag zugestimmt, gemeinschaftlich mit den andern graphischen Organisationen allmonatlich ein Mitteilungsblatt herauszugeben. Es soll im Oktober, ebenfalls in Gemeinschaft mit den Buchbindern, ein Herbstvergügen arrangiert werden. Einige interne Beschwerden sollen dem Vorstand zur Erledigung übergeben werden. Durch Abwesenheit gelangt haben die Kollegen der Firmen Verlagsanstalt, Herzog, Reuter und Schöller.

Rundschau.

Schau für schwangere Arbeiterinnen. Das preussische Handelsministerium macht die Gewerbeaufsichtsbeamten und insbesondere die Gewerbeinspektoren auf die Schädigungen aufmerksam, die schwangere Arbeiterinnen unter der Einwirkung von Hitze, Dämpfen und Gerüchen in den Arbeitsräumen entstehen können und fordert Schaffung von Sit-

gelegenheiten, Einstellung von Fabrikräumen und ärztlichen Sprechstunden für Schwangere, sowie freundlich eingerichtete Räume mit bequemen Liegegelegenheiten. Auch die Einrichtung guter Kaminen und die Ventilierung von Speise- und Getränken, sowie von geeigneten Medikamenten wird angelegentlich empfohlen für Betriebe, die weibliche Arbeitnehmer beschäftigen.

Akademie der Arbeit. Der 4. Beirag der Akademie der Arbeit ist nach neunmonatiger Dauer am 27. Juni d. J. zu Ende gegangen. Er war von 53 Jörern — 48 Männern und 5 Frauen — aus ganz Deutschland besucht. Die Vorlesungen, Übungen und Arbeitsgemeinschaften umfaßten insgesamt 868 Stunden; davon entfielen auf allgemeine und Einführungsvorlesungen 120, auf Vorlesungen über Volkswirtschaft 322, über Recht 191, über Staatslehre und Politik 54, über Gesellschaftslehre und Gesellschaftspolitik 181 Stunden. Dazu kam eine Reihe von Exkursionen und von Besichtigungen privater und öffentlicher Unternehmungen und Anstalten.

Der 5. Beirag wird am 1. Oktober beginnen und bis zum 30. Juni 1926 dauern. Die Hörgelührer betragen 100 Reichsmark. Anmeldungen sind — am besten in der Zeit vom 15. August bis 1. September — an die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M., Zimmer 68, zu richten.

Literatur.

„Die Gemeinde“ als Sondernummer des West- und Nordpreußen wird diesmal besonders reichlich aufgenommen werden. Die Gemeinde“ erscheint vierzehntäglich und kostet monatlich 60 Pf. Ernst Ruff: Vom Kampfbrot zum Massenpost. Verlag S. S. B. Dieb Nachf. (64 Seiten, 1,- Mk.). Maria, Monatshefte für Kulturkenntnis und Gesellschaftskritik. Uranio-Verlags-Gesellschaft m. B. S., Jena. — Die „Urania“ ist eine schlaue Wissensquelle für fortgeschrittene Menschen, interessant und preislich, dabei wirklich billig, daher jedermann zugänglich. Die „Urania“ liefert wertvolle Volksbildungsarbeit und ist so recht geeignet, aus dem Chaos der heutigen Zeit amorsorgerischen zu höheren Interessen, jedem einzelnen und der Gesamtheit zum Vorteil, denn „Wissen ist Macht“!

Abrechnungen.

In der Woche vom 3. bis 8. August gingen die Abrechnungen von Gau 9 (Bielefeld) und Gau 10 (Hamburg) hier ein. In derselben Zeit kamen Geldsendungen aus Gau 8a (Magdeburg) 1800 Mk., Gau 9 (Bielefeld) Restbetrag 10,92 Mk. und Gau 10 (Hamburg) 4000 Mk.
Berlin, den 8. August 1925.

Heinrich Sobahl

Für die Woche vom 17. bis 22. August ist die Beitragsmarke in das mit 34 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuchs oder der -karte zu kleben.

Unserer lieben langjährigen Kollegin Emma Thiele (Ja. Biederhahn u. S.) zu ihrem am 18. August 25jährigen Berufs- und Geschäftsjubiläum die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Gernath.

Unserem Kollegen Bruno Reine nebst Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Zahlstelle Lübeck.

Unserem lieben Kollegen und Vertrauensmann Stefan Herrmann nebst Ehefrau die besten Glückwünsche zur stattgefundenen Vermählung.
Die Kollegenchaft der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart.

STERBETAFEL.

Am 4. April 1925 verstarb unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin
Nedwig Lange
(f. G. Bernhard Meyer), geb. am 10. Juni 1888, im Alter von 37 Jahren.

Am 6. April 1925 verstarb unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin
Klara Arnold
(f. G. Springer & Möller), geb. am 17. Februar 1870, im Alter von 55 Jahren.

Am 5. Mai 1925 verstarb unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin
Lisa Kohl
(f. G. Jachner & Fischer), geb. am 24. Juni 1908, im blühenden Alter von 18 Jahren.

Am 18. Mai 1925 verstarb unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin
Martha Hellmann
(f. G. Günther, Kirchner & Wendler), geb. am 28. August 1881 in Burzen, im Alter von 44 Jahren.

Am 18. Mai 1925 verstarb unsere liebe Kollegin, die Steinbrud-Anlegerin
Berta Kaiser
(f. G. Eduard Gähler), geb. am 4. Februar 1876, im Alter von 49 Jahren.

Am 19. Mai 1925 schied unser lieber Kollege
Heinrich Möller
(f. G. Dskar Brandtner), geb. am 8. Dezember 1870 in Weßdorf, im Alter von 54 Jahren von uns.

Am 18. Juni 1925 verstarb unser lieber Kollege
Gustav Fuhr
(f. G. Julius Rindhardt), geb. am 21. Februar 1860 in Leipzig, im Alter von 65 Jahren.

Allen Dahingegangenen rufen wir ein „Auhe samst“ nach. Die Leipziger Kollegenchaft wird Euer nicht vergessen.
Gau Leipzig.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulze, Charlottenburg, Meer- (Schultheiß) 18. Fernruf: Amt Berlin 1226. — Verlag: S. Sobahl, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.